



Freie Entscheidung über den eigenen Körper und das eigene Leben!

pro familia fordert anlässlich des Aktionstags für sexuelle Selbstbestimmung eine Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des Strafrechts

Am 16. September 2023 werden sich christlich-fundamentalistische und rechtsnationale Gegner*innen des Selbstbestimmungsrechts in Berlin und Köln versammeln. Auf dem sogenannten „Marsch für das Leben“ werden sie sich für das totale Verbot des Schwangerschaftsabbruchs und damit für die massive Verletzung der reproduktiven Rechte schwangerer Personen aussprechen. Unterstützt werden sie durch konservative und rechtsnationale Parteien, die die Rechte des Fötus über die Rechte Schwangerer stellen. Dieser rückwärtsgewandten Haltung setzt das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung, dem pro familia angehört, dieses Jahr wie seit elf Jahren einen Aktionstag für sexuelle Selbstbestimmung entgegen und fordert eine Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs.

Dazu erklärt die pro familia Bundesvorsitzende Monika Börding:

„Menschen, die schwanger werden können, müssen frei über das Austragen oder den Abbruch einer Schwangerschaft entscheiden können. Die Gesellschaft, die Politik und das Gesetz müssen anerkennen, dass die Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch eine sehr individuelle ist, die den eigenen Körper und das eigene Leben betrifft, gegebenenfalls auch die bereits existierende Familie und Partnerschaft. Dies sollte sich in einer neuen gesetzlichen Regelung außerhalb des Strafrechts ausdrücken.“

Der Schwangerschaftsabbruch steht derzeit in §218 des Strafgesetzbuches, im Kapitel ‚Straftaten gegen das Leben‘, neben Mord und Totschlag. Dadurch ist das Thema von vornherein stigmatisierend und moralisch aufgeladen. Zudem behindern die Strafandrohung sowie die gesetzlich vorgeschriebene Pflicht, sich vor einem Schwangerschaftsabbruch beraten zu lassen, die Unterstützung von ungewollt Schwangeren. Denn um eine gute Entscheidung für oder gegen das Austragen einer Schwangerschaft treffen zu können, sollte sich die betroffene Person in einem Rahmen bewegen können, in dem sie in jedem Fall auf nicht wertende Weise Unterstützung erfährt. Die Strafandrohung drückt jedoch die klare Missbilligung einer möglichen Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch aus.

pro familia wünscht sich eine Gesellschaft, die ungeplante und auch ungewollte Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüche als Teil des Lebens annimmt und nicht stigmatisierend und tabuisierend auf das Thema reagiert. Ebenso wünschen wir uns einen klaren politischen Willen, der das Recht auf Selbstbestimmung im Kontext von reproduktiven Rechten und reproduktiver Gesundheit verteidigt und umsetzt.“

Auf der pro familia Bundesdelegiertenversammlung 2023 haben die Delegierten die „pro familia Positionierung und Forderungen zur menschenrechtsbasierten Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs – Für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte“ verabschiedet. Darin fordert der Verband eine Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des Strafrechts, ein Recht auf Beratung statt Pflichtberatung sowie die Abschaffung der verpflichtenden Wartezeit vor einem Schwangerschaftsabbruch. Die Positionierung ist hier zu finden: https://www.profamilia.de/fileadmin/profamilia/verband/Neuregelung_SchwA_BV_07.05.2023.pdf

Weitere Informationen zum Aktionstag für sexuelle Selbstbestimmung „Leben und Lieben ohne Bevormundung!“ gibt es hier: <https://www.sexuelle-selbstbestimmung.de/18289/aktionstag-fuer-sexuelle-selbstbestimmung-16-09-2023/>

15.9.2023

Pressekontakt

Regine Wlassitschau
regine.wlassitschau@profamilia.de

pro familia Bundesverband
Mainzer Landstraße 250-254
60326 Frankfurt am Main

Tel. 069-26 95 779-22
Fax 069-26 95 779-30
www.profamilia.de

pro familia ist der führende Verband für Sexualität und Partnerschaft in Deutschland.

Der Bundesverband wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziell gefördert.